

Ist die Gründung Politischer Parteien das Mittel der Wahl im Kampf gegen den Windkraftwahnsinn?

Anlass, sich diesem Thema erneut zu widmen, bietet ein jüngst ergangener Aufruf zur Gründung einer Gegenwindpartei auf Landes- und EU-Ebene, begleitet von einer markanten, aber sachgerechten und tlw. wohlthuend drastischen Schilderung der Status quo und ante, unter denen wir Gegner und Betroffene z.T. seit zwanzig Jahren und mehr permanent zu leiden haben und mit uns Natur und Landschaft.

Die Ursachen, weithin bekannt, finden sich in der z. Zt. gültigen, dennoch absurden und ins ökologische Chaos und ökonomische AUS führenden Energiepolitik. Getragen wurde sie von einem breiten, fast alle Parteien übergreifenden Konsens, angefangen vom Energie-Einspeisegesetz von 1991, bis hin zum EEG und allen Novellierungen. Beschlossen von hoch dotierten Abgeordneten, großen Teils der Materie nicht mächtig und dem Fraktionszwang unterworfen. Als „wissenschaftliche“ Basis für eine angeblich ANTHROPOGENE Erderwärmung müssen die „Forschungsergebnisse“ der abhängig beschäftigten, bzw. weisungsgebundenen Mitglieder des IPCC oder die TV-Ergüsse von beispielsweise Latif oder des PIK herhalten. Eigentliche Triebfeder dieser bösen Entwicklung ist die sehr effektive Paarung von überspannter Ideologie und einer nie dagewesenen Geldgier.

In dem besagten Aufruf findet die logische Erkenntnis Raum, dass der Windwahn grundsätzlich nur politisch bekämpfbar ist, weil, einer alten Erfahrung folgend, das in einem solchen Ausmaß politisch Gewollte, de facto über die Judikative nicht angreifbar ist. Wenige teure und langfristige Ausnahmen, s. Wahleiner Platte u.a. Gerichtsurteile bestätigen nur diese Regel.

Die Gründung politischer Parteien kann durchaus eine geeignete, wichtige flankierende Maßnahme sein, wenn es die richtigen sind.

Es wäre nicht zielführend, bei einer Bundes-, Landtags- oder EU-Wahl zu versuchen, „einen Fuß in die Tür zu bekommen“.

Es würde nie gelingen, denn die Basis eines zwangsläufig nur aus einer Position bestehenden Wahlprogramms wäre zu schmal, die wenigen Stimmen verloren. Beispiele in MV und SH zeugen davon.

Das passende Forum sind die kommunalen Parlamente, die aufgrund ihrer verfassungsmäßigen Planungshoheit zwar WKA selten ganz verhindern, dennoch regulierend in Bauvorhaben eingreifen können unter Nutzung der Möglichkeiten des BauGB und des Kommunalverfassungsrechts. Z.B. §§15/14 BauGB im Verein mit einem Bauleitplanverfahren (B-Plan).

Zwingende Voraussetzung ist allerdings, dass die WKA-Gegner, wenn schon nicht über Mehrheiten (auch mittels Koalitionen), so doch über eigene Leute im Gemeinderat verfügen. D.h. nichts anderes, als dass die BI sich rechtzeitig vor der nächsten Kommunal-Wahl zu einer Wählergemeinschaft mausern müssen. Nur dann sind sie auf Augenhöhe mit Bürgermeistern, Ämtern, Kreisverwaltungen, verfügen über alle Rechte und Möglichkeiten aus dem Abgeordnetenstatus und, besonders wichtig, rechtzeitig über alle Informationsquellen, die eine BI sich mühsam, oft unvollständig und zeitversetzt über Informationsgesetze wie das IFG, bzw. IZG beschaffen müssen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Hier in SH z.B. sind die Jahre seit dem letzten kommunalen Wahlgang 2013 wie im Fluge vergangen. In knapp einem Jahr ist es wieder soweit. Es wird also Zeit für alle BI, die es bisher nicht geschafft haben, sich zu kümmern um die Gründung einer politischen Partei, im kommunalen Bereich „Wählergemeinschaft“ nach dem Kommunalwahlrecht genannt. Es lohnt sich!

Anmerkungen:

Es knirscht im Gefüge von Merkels Weltklimarettungs-Utopien.

Neben der AFD in Ihrem Bundestagswahlprogramm fordert auch der rechte Berliner Kreis der CDU die totale Kehrtwende:

„Aus für das EEG, für § 35.1.5 BauGB Privilegierung Windenergie, für die Förderung der Solar- und Windenergie, für die Elektromobilität.“

Der US Amerikanischen Administration kommt zweifelsfrei das Verdienst zu, den circus vitiosus, gen. „Anthropogene Erderwärmung“, eines nahezu hysterischen, weltumspannenden Irrglaubens mit ihrem Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen zu durchbrechen.

Dazu Zitat auszugsweise des bekannten Meteorologen Klaus-Eckart Puls:

"Trump ist der Einzige, der dieser Klima-Abzockerei, die eine gigantische, politische Lüge ist, aus dem Weg geht und er hat völlig recht damit.

Jeder mit einem Funken Verstand erkennt, dass man mit Geld die Natur nicht beeinflussen wird und dass auch niemand den Klimawandel stoppen kann, den es seit Urzeiten gibt...

Ich halte Trump nicht für einen besonders guten Präsidenten, aber in einigen Dingen ist er weit vernünftiger, als der Rest der Polit-Idioten.“

300 Amerikanische Wissenschaftler von Rang, darunter mindestens 10 Nobelpreisträger haben Präsident Trump noch vor seiner Amtseinführung aufgefordert, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszusteigen.

Die vollständige Umsetzung des Pariser Abkommens würde bis zum Ende des Jahrhunderts gerade einmal eine Absenkung von 2/10 Grad Celsius der globalen Temperatur bringen.

7.Juni 2017

HUS